



Naturschutzgeländer am Groß Glienicker See (© Elisabeth Hartleb)

# Potsdamer Uferkonflikte

## Nutzen der Mediationsausbildung jenseits der Mediation

Elisabeth Hartleb

Eine Mediationsausbildung richtet sich in erster Linie an Menschen, die als Mediator\*innen arbeiten wollen. Können Ausbildungsinhalte, Prinzipien und Handwerkszeug aber auch dort gewinnbringend eingebracht werden, wo zwar Konflikte gelöst werden sollen, dies aber mit einem sachlichen Auftrag einhergeht, man als Vertreter\*in einer der Parteien auftritt? Wenn man im Grundsatz also weder ergebnisoffen noch allparteilich arbeitet?

**M**eine Arbeit als Uferwegsbeauftragte der Landeshauptstadt Potsdam ist grob gesagt mit zwei Aufträgen verbunden. Erstens: Lösen Sie die Konflikte an Potsdamer Ufern. Zweitens: Das Ergebnis der Konfliktlösung soll das Recht der Landeshauptstadt umfassen, einen Uferweg zu bauen. Ein solcher sachlicher Auftrag bringt zwangsläufig Veränderungen in

der Arbeitsweise mit sich. Ich kenne einige ausgebildete Mediator\*innen, die in solchen Zusammenhängen arbeiten. Inwieweit dabei grundlegende Ansätze und Handwerkszeug der Mediation gewinnbringend eingebracht werden können, wird hier anhand meiner bisherigen Erfahrungen als Uferwegsbeauftragte der Landeshauptstadt Potsdam beispielhaft betrachtet.

### Was ist passiert?

Zur Zeit der deutschen Teilung standen Teile der Berliner Mauer an den Ufern der Havel und ihrer Seen in Potsdam. Nachdem die Grenztruppen nach Abriss der Mauer abgezogen waren, nahmen die Potsdamer\*innen die vor Ort verbliebenen Patrouillenwege als Spazier- und Radwege in Besitz. Dies betraf neben öffentlichen Parks der Preussischen

Schlösser und Gärten zwei Ufer, am Griebnitzsee in Babelsberg und am Groß Glienicker See im Norden der Stadt. An den Ufern dieser Seen zogen sich einst private Villen- und Erholungsgrundstücke bis zum Ufer hinunter. Es folgten zwei Enteignungswellen: Zunächst wurden durch die NS-Diktatur insbesondere jüdische Familien vertrieben. Nach dem Krieg nahm die DDR viele Grundstücke und insbesondere die Ufer zum Bau der Berliner Mauer in Anspruch. Nach der Wende liefen über viele Jahre Restitutionsverfahren, Rückkäufe nach dem Mauergesetz, Veräußerungen durch die Immobilienverwaltung des Bundes an die Meistbietenden, etliche Grundstücke konnte letztlich aber auch die Stadt selbst kaufen. Ergebnis sind zwei Ufer, an denen die Stadt recht lückenhaft Eigentümerin ist. Die nach Mauerfall entstandenen Uferwege wurden ab 2009 teilweise von neuen oder wiedereingesetzten Ufereigentümer\*innen durch Zäune unterbrochen. *Es ist erklärtes Ziel der Stadt, diese Uferwege der Öffentlichkeit wieder durchgängig zur Verfügung zu stellen.*

Da am Griebnitzsee im Moment noch einmal ein politischer Prozess dazu läuft, wie die Stadt dieses Ziel dort in Zukunft verfolgen soll, beschränke ich mich hier beispielhaft auf die Konflikte am Groß Glienicker See. Dort legt seit

1999 ein Bebauungsplan die Anlage eines durchgängigen Uferwegs fest. Dennoch haben sich die Konflikte an diesem Ufer über die Jahre immer weiter verhärtet. Infolge tatsächlicher wie auch unterstellter Rechtsverstöße durch Ufereigentümer\*innen kam es mehrfach zu verbalen und sogar körperlichen Übergriffen auf sie. Letztlich wurde der Uferweg trotz des bestehenden Bebauungsplans an verschiedenen Stellen gesperrt, die Kommunikation mit der Stadtverwaltung in anwaltliche Hände gelegt, teilweise komplett eingestellt. Gegen viele Sperrungen konnte mit Erfolg vorgegangen werden. In einzelnen Fällen jedoch wurden Fehler im Ordnungsverfahren gemacht und in anderen von Eigentümer\*innen erfolgreich rechtliche Graubereiche genutzt. Sodass der Uferweg im Ergebnis nicht mehr durchgängig begehbar ist.

#### Wo verlaufen die Konfliktlinien?

Trotz klarer Festsetzungen im Bebauungsplan ist die Lage verzwickt. Die stringente Durchsetzung des geltenden Rechts wäre eine personal- und zeitintensive Angelegenheit und der bisherige Versuch hat dementsprechend auch nicht besonders weit geführt. *Der Einschnitt in die Interessen der Privateigentümer\*innen der Flächen ist tiefgreifend.* Der

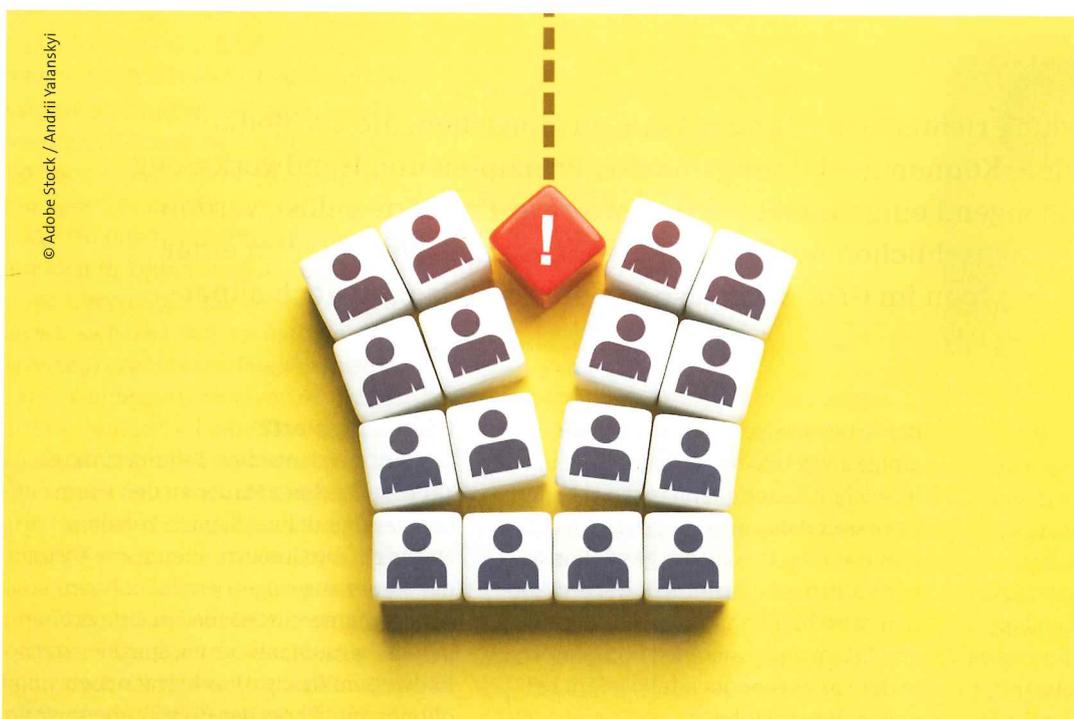
Bebauungsplan sieht einerseits einen Uferweg vor, der statt des teilweise noch vorhandenen Patrouillenwegs neu anzulegen ist. Zum anderen ist die gesamte Fläche zwischen Uferweg und -kante als öffentliche Grünfläche vorgesehen. Zwar fordert die Stadt von den Eigentümer\*innen nicht die Übereignung der Uferflächen im Ganzen, sondern nur die Eintragung einer Wegedienstbarkeit im Grundbuch (die vor derart hohen Investitionen unumgänglich ist). Privateigentümer\*innen dürfen aber, auch wenn sie das Eigentum an den Uferflächen behalten, im gesamten Uferbereich keinerlei private Einfriedungen errichten. Und wegen eines ebenfalls am Ufer bestehenden Landschaftsschutzgebiets dürfen dort auch keine Beete angelegt, keine Terrassen errichtet oder feste Spielgeräte installiert werden.

Der Uferweg selbst findet unter den Ufereigentümer\*innen in Groß Glienicke trotz allem absolut überwiegend Zuspruch. Nur sehr wenige Eigentümer\*innen lehnen den Weg per se ab und haben ihn dann auch tatsächlich gesperrt, was im Effekt aber dennoch zu langen »gefangenen« Wegeabschnitten führt. Im Gegensatz zum Weg findet die untersagte private Nutzung der Uferzone bei einem großen Teil der Eigentümer\*innen schlicht keine Akzeptanz. In der

Folge werden viele Flächen am Ufer rechtswidrig privat umgrenzt und genutzt, was stellenweise zu kleingartenartigen Strukturen führt.

Gleichzeitig wird die Eintragung der von der Stadt verlangten Wegedienstbarkeiten verweigert mit der Forderung, zunächst die private Nutzung und Eingrenzung der Uferflächen zu legalisieren.

Die Stadt hat in der Vergangenheit angesichts dessen zwei Wege beschritten: Sie führt zum einen eine Vielzahl an ordnungsbehördlichen Verfahren bzgl. einer Unzahl an privaten Nutzungen, Hecken



© Adobe Stock / Andrii Yalanskyi

und Zäunen im Uferbereich. Zum anderen hat die Stadt im Jahr 2012 Enteignungsverfahren eingeleitet, um auf diesem Weg die Eigentümer\*innen zur Eintragung von Wegedienstbarkeiten zu zwingen. Von diesen Verfahren ist nach all dieser Zeit noch nicht ein einziges abgeschlossen. Ein erstes Urteil könnte es in einem der Enteignungsverfahren im Herbst geben. Mit dem Gang in die nächste Instanz ist aber zu rechnen.

Als ich meine Stelle antrat, hatte ich den Eindruck, dass manche Beteiligten – intern wie extern – längst resigniert hatten und die Konflikte als nicht mehr auflösbar betrachteten. Häufig fiel der Begriff des »Gordischen Knotens«. Aber es gab auch Vertreter\*innen der Stadtverwaltung und -politik, die noch Hoffnung auf Besserung hatten und sich dafür eingesetzt haben, dass die Stelle des\*der Uferwegsbeauftragten nach langer Vakanz neu aufgestellt und besetzt wurde.

## Neue Ansätze

### Mit welcher Motivation hat die Landeshauptstadt Potsdam eine Mediatorin eingestellt?

Die meisten Leser\*innen dieses Magazins werden sagen, die Einstellung einer Person mit Konfliktlösungskompetenzen liege in dieser Lage doch auf der Hand. Der Ansatz in der Besetzung einer solchen Stelle ist trotzdem neu. Eine Erfahrung mit alternativen Konfliktlösungsverfahren war auch nicht Einstellungsvoraussetzung. Die Leitungsebene hat diese Möglichkeit nach meiner Bewerbung und auf der Suche nach neuen Ansätzen aber als Chance gesehen und war bereit, sich auf den damit voraussichtlich einhergehenden Wechsel in der Herangehensweise einzulassen, was eine wichtige Grundlage meiner Arbeit ist.

### Welche Grundsätze und vor allem welches Handwerkszeug der Mediation lassen sich gewinnbringend mit in den Job nehmen?

Dass mit der Arbeit als städtische Angestellte **Allparteilichkeit und Ergebnisoffenheit** zumindest in Bezug auf übergeordnete Ziele der Stadt wegfallen, liegt auf der Hand. Die Chance liegt in der Er-

gebnisoffenheit jenseits des Kerns des sachlichen Auftrags. Wichtig waren von Anfang an eine klare Kommunikation von nicht verhandelbaren Punkten und – um das Gespräch an manchen Stellen überhaupt wieder zu eröffnen – die gleichzeitige Ermittlung und Betonung der Punkte, in denen bei der Stadt Offenheit für Verhandlungen besteht. Ich kann nicht über das Ob eines Uferwegs oder eines rechtswidrigen privaten Zauns verhandeln. Aber über vieles, was damit in Zusammenhang steht. Es geht also auch hier darum, »den Kuchen größer zu machen«. Ich suche bewusst nach Verhandlungsspielräumen, statt allein auf formale Verfahren zu setzen. Eigentümer\*innen und andere Betroffene, die mit mir in Gespräche und Verhandlungen treten, merken das und erzählen es weiter. Das hilft, ein gewisses Vertrauen und eine Gesprächsbereitschaft aufzubauen.

Am Anfang stand eine rechtliche Analyse der Konflikte, um – auch intern – aufzeigen zu können, wo die Stadt Zugeständnisse machen kann, die sie vielleicht sogar bislang konkret abgelehnt hatte. Für eine solche Abkehr vom bisherigen Weg müssen die betroffenen Mitarbeiter\*innen der Stadtverwaltung natürlich mitgenommen und auch ihre Befürchtungen gehört und ernst genommen werden. Intern muss die Einsicht reifen, dass die vorgeschlagene Alternative eine rechtlich gangbare Chance zur Verringerung der Konflikte ist. Auf dieser Grundlage ließen sich zwei maßgebliche Angebote an die Eigentümer\*innen herausarbeiten:

Z. B. ergibt sich mit der Öffnung des Ufers für die Öffentlichkeit ohnehin das Bedürfnis, die Ufernatur vor Übernutzung zu schützen. Hier eröffnet das Naturschutzrecht die Möglichkeit von Lenkungsmaßnahmen in Form von Handläufen aus Holz, sodass wir den Eigentümer\*innen den Ersatz von rechtswidrigen Privatzaunen durch rechtmäßige Naturschutzumgrenzungen anbieten konnten. »Prototypen« haben wir zur Ansicht auf städtischen Flächen gebaut (s. Abb.). Solche Handläufe bieten eine Möglichkeit, die Interessen der Eigentümer\*innen durch eine gewisse Lenkung der Spaziergänger\*innen sozusagen »mitschützen« und gleichzeitig im Landschaftsbild mehr Einheitlichkeit zu

schaffen. Dafür musste die Stadt ihren Grundsatz »keinerlei Umfriedungen in der öffentlichen Grünfläche« aufgeben, die Eigentümer\*innen müssten hinnehmen, dass die Naturschutzgeländer weniger dicht sind als bisherige private Zäune.

Das zweite Angebot betrifft den Neubau und Verlauf des Wegs. So konnte den Eigentümer\*innen entgegen der bisherigen Linie angeboten werden, unter bestimmten Voraussetzungen den an vielen Stellen noch vorhandenen Postenweg der NVA im Bestand als Uferweg zu erhalten, statt auf einer abweichenden Trasse mit massiven Bauarbeiten einen neuen Uferweg zu bauen. Der Bebauungsplan enthält zwar eine gedachte Trasse für den neuen Uferweg, schreibt den genauen Verlauf aber nicht fest. Wir haben diese Angebote vor Kurzem auf einer Veranstaltung präsentiert und es haben bereits einige Ufereigentümer\*innen signalisiert, dass sie an einem oder beiden Angeboten interessiert und auf dieser Basis zu einer Einigung bereit seien.

Unabdingbar ist auch bei meiner Arbeit, auf ein gutes Gleichgewicht zwischen **Vertraulichkeit und Transparenz** zu achten. Hier gibt es Einschränkungen aufgrund von Persönlichkeitsrechten, wenn es um konkrete Grundstücke geht. Demgegenüber hat die Öffentlichkeit aber ein berechtigtes Interesse an der Öffnung des Ufers. Und die Ufereigentümer\*innen wiederum haben untereinander einen Anspruch auf Gleichbehandlung. So müssen Vereinbarungen mit einzelnen Eigentümer\*innen über die Gestaltung ihrer Ufergrundstücke immer so getroffen werden, dass es keinen Grund gibt, diese Vereinbarungen geheim zu halten. Wichtig ist, dass die Einhaltung dieser Grundsätze gut kommuniziert wird und nicht der Eindruck entsteht, es würden unrechtmäßige Zugeständnisse gemacht oder mit dem\*der einen Nachbar\*in vorteilhafte Absprachen getroffen, die anderen vorenthalten werden sollen.

Auch die in der Mediation unabdingbaren Grundsätze der **Freiwilligkeit und der Autonomie der Parteien** spielen in meiner Arbeit eine wichtige Rolle: Die Eigentümer\*innen dürfen nicht den Eindruck gewinnen, zur Einigung oder

## NEWS

nur zu Gesprächen mit mir genötigt zu werden. *Die Freiwilligkeit bei Verhandlungen ist zwar begrenzt, wenn die Betroffenen wissen, dass die Alternative ein Rechtsstreit ist.* Aber das ist selbstredend bei vielen Mediationen nicht anders. Es ist trotzdem wichtig, immer wieder zu betonen, dass das Gespräch mit mir freiwillig ist. Insbesondere, wenn ich mich in ein ordnungsbehördliches Verfahren einschalte. In diesen Fällen nehme ich zwei Rollen ein: Zum einen Sorge ich koordinierend dafür, dass diese zum Teil eingeschlafenen Verfahren wiederaufgenommen werden. Zum anderen biete ich den betroffenen Eigentümer\*innen aber im Interesse einer einvernehmlichen Lösung gleichzeitig Gespräche an. Die Freiwilligkeit bezieht sich auf die Wahl, das Gesprächsangebot anzunehmen oder die Sache auszusetzen und eine gerichtliche Entscheidung abzuwarten.

Was das Handwerkszeug der Mediation angeht, sind insbesondere das **Aktive Zuhören, Zugewandtheit und gezeigte Empathie** ein ganz großes Pfund in meiner Arbeit. Das Gespräch findet auf Augenhöhe statt. Die Verhandlungspartner\*innen stellen fest, dass ihre Interessen gehört und ernst genommen werden. Das Vertrauen wächst. *Gelebte Zugewandtheit und Empathie führen außerdem automatisch zu einem Perspektivwechsel.* Man versetzt sich in die Lage des

Gegenübers, versteht seine Anliegen und ist in der Lage, diese in Lösungsvorschläge zu integrieren.

Letztlich lehnen sich auch die Phasen in meiner Arbeit stark an die **Phasen der Mediation** an: Zunächst erkläre ich den Beteiligten intern wie extern meine Rolle. Dann lege ich extern die grundlegenden Ziele der Stadt dar und lasse mir aber auch sehr ausführlich die Erfahrungen, Wahrnehmungen und Anliegen der Betroffenen schildern. Diese transportiere ich dann intern in die Stadtverwaltung. Parallel recherchiere und analysiere ich mit den intern betroffenen Stellen die notwendigen Zusammenhänge, rechtlicher und tatsächlicher Art. Wir gehen also möglichst tief »unter den Eisberg«. Auf der Grundlage der daraus gewonnenen Erkenntnisse erhellen sich die Konflikte und eine Lösungssuche wird möglich.

### Fazit

Auch bei einer Arbeit, die mit einem sachlichen Auftrag einhergeht, hat es sich mir bei der Bearbeitung von Konflikten als möglich und gewinnbringend gezeigt, mich an den Prinzipien der Mediation zu orientieren und Techniken aus der Mediation einzubringen. Die veränderte Ansprache wird von den Be-

troffenen wahrgenommen und vielseitig geschätzt. Die Konflikte an den Potsdamer Ufern haben sich sicher noch nicht gelöst, aber doch zumindest gelockert. Meines Erachtens kann eine Mediationsausbildung, die Verinnerlichung der Prinzipien und des Handwerkszeugs der Mediation auch bei dieser Form der Konfliktbearbeitung enorme Vorteile bringen. In einzelnen Punkten kann es sogar gelingen, eine vermittelnde Rolle einzunehmen und auch von außen als Vermittler\*in wahrgenommen zu werden.



© Pauline Bode

### Elisabeth Hartleb

ist Juristin, ausgebildete Mediatorin und arbeitet nach mehreren Jahren Konfliktberatung für das Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende (KNE) seit Februar 2021 bei der Landeshauptstadt Potsdam als deren Uferwegsbeauftragte. [uferwege@rathaus.potsdam.de](mailto:uferwege@rathaus.potsdam.de)

Märkische Allgemeine Zeitung, 15.12.2022:

## Uferweg Groß Glienicke: Stadt setzt auf Ausgleich

In der Debatte um eine Öffnung gesperrter Uferbereiche am Groß Glienicker See setzt die Potsdamer Uferbeauftragte auf einen Interessensausgleich zwischen Anrainern und Öffentlichkeit.

Potsdamer Neueste Nachrichten, 16.12.2022:

## Gesperrte Uferwege Beauftragte der Stadt setzt auf Dialog

Zitat Ortsvorsteher, Potsdamer Neueste Nachrichten, 16.12.2022:

[...] überwiegend positiv aufgenommen. Es sei etwas »ganz anderes, als jemals verhandelt worden ist«, sagte der Vorsitzende Winfried Sträter (Groß Glienicker Forum) [...]: »Niemand zuvor hat sich so rangearbeitet und versucht, Lösungen zu finden. Es gibt zum ersten Mal eine Chance, aus diesen Verhältnissen rauszukommen.«

Spektrum der

Mediation

Herausgegeben vom  
Bundesverband Mediation e. V.  
www.bmev.de

Schwerpunkt

# FÜNF NACH ZWÖLF

## FÜR UMWELT UND NACHHALTIGKEIT

Meine Welt:

Kämpfen fürs Klima

Deine Welt:

Politik verbessern

Unsere Welt:

Gemeinsam anpacken